

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

25.9.1924 (No. 224)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Karlstr. 14
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein
Zeilchen breit. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche
weiser Bezeichnung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in
unserer Verlagsanstalt, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.
Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

Die Erwerbslosenfürsorge
in Baden

Von Oberregierungsrat Emele, Karlsruhe.

II.

Wie verhält sich der badische Beitrag von 1,6 Prozent
zu anderen des Reichs?

Nach einer Erhebung gegen Ende August wurden in
den Landeserwerbslosenvereinen in jenem Monat er-
halten: Bayern 2 Prozent, Sachsen 2 Prozent (im Sep-
tember angeblich erniedrigt auf 1,5 Prozent), Thüringen
2 Prozent, Bremen 1,6 Prozent, Hamburg 0,5 Prozent.
Preußen hatte bis jetzt keine Landeserwerbslosenvereine.
Sie wurde erst mit Wirkung vom 1. September 1924 er-
richtet; es wird ein Beitrag von 3 Prozent erhoben, der
sich im Einzelfall erniedrigen kann. Nach dem vorliegen-
den Material wurden im Monat August erhoben:

- in der Provinz Brandenburg 0,5-3 Proz.
in der Provinz Westfalen 0-3 Proz.
in der Provinz Hannover 0-3 Proz.
in der Provinz Schlesien 1-3 Proz.
in der Provinz Sachsen 0-3 Proz.
in der Provinz Ostpreußen 0,5-3 Proz.
in der Provinz Pommern 0-3 Proz.

In Württemberg ist ebenfalls eine Erwerbslosenvereine
noch nicht errichtet. Die Beiträge betragen dort 0,5-2
Prozent und zwar für Stuttgart, Eplingen, Gmünd,
Heutingen und Ulm je 1 Prozent, Tuttlingen 1,2 Pro-
zent, Heilbronn und Tübingen je 1,5 Prozent, Ludwigs-
burg 2 Prozent.

Auf 1000 Einwohner entfielen am 1. September an
Hauptunterstützungsempfängern in Preußen 6,6, Bayern
4,6, Sachsen 14,0, Württemberg 2,1, Baden 10,3, Hessen
15,3, Reichsdurchschnitt 7,5, also die badische Erwerbslosig-
keit ist etwas größer als die Preußens, aber doppelt so
groß als in Bayern und fünfmal so groß als die in Würt-
temberg. Wenn gleich nicht behauptet werden soll, daß
diese Vergleichsmöglichkeit erschöpfend ist, so kann man
doch sagen, daß der badische Beitragswert zu dem niedrigen
des Deutschen Reiches gehört.

Ständig spielt in der Öffentlichkeit die Höhe der Ver-
waltungskosten der Arbeitsnachweise eine Rolle, und zwar
wird gerne versucht, sie mit einem Tadel zu belegen, als
läge irgend ein Anlaß vor, sie zu beanstanden. Über die
Beurteilung der Verwaltungskosten habe ich mich ein-
gehend ausgesprochen in einer Abhandlung der Karls-
ruher Zeitung. Die Geldwirtschaft des einzelnen Arbeits-
nachweises wird durch einen Haushaltsplan bestimmt,
der von dem Verwaltungsausschuß vorgelegt und von
den Errichtungsgemeinden festgesetzt wird, also z. B. von
218 Gemeinden des Arbeitsnachweisbezirks Konstanz
muß der Voranschlag genehmigt werden, andernfalls ent-
scheidet die zuständige Gemeindeaufsichtsbehörde nach An-
forderung des Verwaltungsausschusses des Landesamtes.
Kann denn ein vernünftiger Mensch wirklich glauben, daß
die Verwaltungskosten der Arbeitsnachweise zu irgend
welchen ernstlichen Beanstandungen Anlaß geben bei die-
sem enghalsigen Sieb von Kontrolle, um so mehr als
die Arbeitsnachweise durch Belassung eines großen Teiles
des Überschusses an sparsamer Bewirtschaftung interessiert
sind? Es ist eine der betrüblichsten Erscheinungen, daß
diesem, die in letzter Zeit wiederholt auf diese hohen
Kosten hinweisen von Stärkung der Selbstverwaltung
reden, die Regierung, den Landtag und sonstige Instanzen
um Hilfe rufen, anstatt an die einzelnen Verwaltungsaus-
schüsse mit Vorschlägen heranzutreten, wo Einschränkungen
erfolgen sollten. Ein jeder Verwaltungsausschuß wäre
sicherlich hierfür dankbar, denn er besteht ja aus den Ver-
tretern der Interessenten, die die Kosten zu bezahlen ha-
ben. Statt dessen wenden sich diese Kritiker mit allge-
meinen Bemerkungen an die Öffentlichkeit und stellen
die öffentliche Meinung vollständig falsch ein. So ging
vor einigen Tagen eine Statistik durch einige Zeitungen,
in der u. a. die Kosten für eine Arbeitsvermittlung für
einen Arbeitssuchenden und dergl. ermittelt wurde. Eine
ähnliche Statistik ging mir schon früher durch die Sand.
Ich habe sie damals wieder beiseite gelegt, weil sich
brauchbare Schlüsse aus diesen Statistiken noch nicht her-
ausziehen lassen. Sie sind voll von Zufälligkeitwerten
und ähneln etwas statistischen Spielereien. Was hat
es einen Zweck, die Gesamtzahl der Beamten des Arbeits-
nachweises, von denen die meisten zurzeit mit der Erwerbs-
losenfürsorge beschäftigt werden, mit den Ergebnissen der
Stellenvermittlung in Verbindung zu bringen, oder die
Gesamtwaltungskosten mit den Stellenbesetzungen?
Auch die öffentliche Kritik vermochte mit diesen Statistiken

nichts anzufangen, sondern brachte sie zur Kenntnis der
Leser mit einigen allgemeinen Bemerkungen.

Unbedingt zu verwerfen ist aber der Tadel, die Beam-
ten seien da und dort zu hoch eingestuft. So wird ge-
tadelt, daß in einem Arbeitsnachweis von 105 beschäftig-
ten Personen 13 in Gruppe VIII eingestuft, während in
einem andern weniger. Solch ein Tadel, ohne auf die be-
sonderen Verhältnisse des Arbeitsnachweises einzugehen,
ist oberflächlich. Falsch ist es, die Ersparnis an den Be-
amten herauszupressen, vielmehr scheint es weit wichtiger
durch angemessene Bezahlung die Loyalität zu fördern.

Noch ein Wort über das Landesamt. Das ist eine staats-
liche Behörde und das ist auch gut. Dort wo die Landes-
ämter nicht staatliche Behörden sind, führen sie beklagens-
wertes Dasein. Bei dem Landesamt befindet sich noch
ein Selbstverwaltungskörper und zwar der Verwaltungsaus-
schuß des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, der aus
Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gemeindevertre-
tern besteht. Die Zuständigkeit des Selbstverwaltungskör-
pers ist genau geregelt und hat u. a. Beiträge für die
Erwerbslosenfürsorge festzusetzen. Das Landesamt un-
tersteht als Verwaltungsbehörde dem Ministerium.

Die öffentliche Kritik, die sich so stark mit der Erwerbs-
losenfürsorge beschäftigt, hat es bis jetzt ganz unterlassen,
auf ernsthafte Mängel hinzuweisen, die tatsächlich bestehen
und zwar bei den Leistungen der Erwerbslosenfürsorge.
Ich rufe in Erinnerung, daß die Erwerbslosenfürsorge
seht hauptsächlich durch Beiträge der Arbeitgeber und Ar-
beitnehmer gedeckt wird, und daß sie nach dem Wortlaut
der Reichsverfassung dazu dienen soll, dem Erwerbslosen
seinen notwendigen Unterhalt zu gewähren. Zurzeit ist
die Zubilligung von Unterstützung noch abhängig von der
Bedürftigkeitsprüfung, sodaß diejenigen keine Unterstüt-
zung erhalten, die nicht nachweislich bedürftig sind. Die
Sätze selbst sind nach 12 Ortsklassenstufen abgestuft und
betragen in der obersten Spitzenklasse für den ledigen
männlichen Erwerbslosen täglich 1,10 M., für einen Ver-
heirateten mit Frau und 5 Kindern täglich 2,75 M. Die
Stufungen bis zur untersten Klasse betragen im Maximum
etwa 35 Proz. Das sind Leistungen, die namentlich bei
längerer Erwerbslosigkeit unzureichend sind und um so
schwerer wiegen, wenn man in Betracht zieht, daß z. B.
in Baden am 15. August von den 18 304 Erwerbslosen
7035 länger als 3 Monate und 3644 länger als 6 Monate
erwerbslos waren. So kommt es, daß trotz der Erwerbs-
losenfürsorge ein Teil der Erwerbslosen immer noch in
Abhängigkeit von den Armenfürsorgeämtern sich befindet,
was durchaus begründlich ist, da bei diesen Sätzen auch die
bescheidensten Bedürfnisse nicht gedeckt werden können.
Eine Besserung sollte hier eintreten, ehe die Versicherung
selbst eingerichtet wird, denn sonst könnte es kommen, daß
die Interessenten der zu Schließenden sich mit denen verbün-
den, die am liebsten die Erwerbslosenfürsorge lahm legen
und verschwinden lassen möchten. Das wäre ein unge-
heurer sozialer Rückschritt, wenn die Unglücklichen, die in-
folge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse keinen
Platz am Arbeitsstätte gefunden, wieder in die Armen-
fürsorge zurückgeworfen würden. Gegen solch eine Gefahr
müssen alle sozial denkenden Kräfte sich vereinen.

Deutschland und der Völkerbund

Ein deutsches Memorandum

Wie die Berliner Blätter von zuständiger Seite erfahren,
wird z. B. ein Memorandum ausgearbeitet, das den 10 Staa-
ten, welche im Völkerbundsrat vertreten sind, durch die deut-
schen Missionen unterbreitet werden soll. In diesem Memo-
randum werden die Fragen behandelt, deren Klärung und
Beantwortung die deutsche Regierung wünscht, bevor sie einen
endgültigen Beschluß über den Antrag auf Zulassung zum
Völkerbund faßt. Das Memorandum wird noch dem Reichs-
kabinett unterbreitet.

Die Länder und der Beitritt zum Völkerbund

Stuttgart, 24. Sept. Wie wir hören, hat die württem-
bergische Staatsregierung sich dieser Lage an die Reichsregie-
rung gewandt und erklärt, sie ginge davon aus, daß vor der
endgültigen Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in
den Völkerbund und über die Behandlung der Kriegsschul-
denfrage die Länderregierungen von der Reichsregierung gehört
werden.

Bekanntlich hat auch der bayerische Ministerpräsident Seb-
stian die gleiche Forderung ausgesprochen.

Wie die Berliner Blätter hören, werden die Vertreter der
Länder erst zusammenberufen werden, wenn die Antworten der
Mächte auf das deutsche Memorandum über die Frage des
Beitritts Deutschlands in den Völkerbund vorliegen. Auch
dürfte eine Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern
vorläufig nicht stattfinden.

Angedachte Vorschläge Ransens

Paris, 25. Sept. Der Berliner Berichterstatter einer
Pariser Nachrichtenagentur will aus guter Quelle erfahren
haben, Dr. Ransen hätte dem Reichsfinanzminister folgendes Argu-
ment vorgebracht, um Frankreich zu bestimmen, das Ruhr-
gebiet noch vor dem in London festgesetzten Termin zu räu-
men: In dem Augenblick, in dem Deutschland in den Völker-
bund einträte, werde jede Verlängerung einer grundsätzlich
angekündigten Besetzung, wie die englischen Juristen es an-
erkannt hätten, unzulässig. Diese Zustände verletzten das Sta-
tut des Völkerbundes, der die absolute Gleichheit aller Mit-
glieder in sich schließt.

Die Tagung der deutschen Ausßen-
handelskammern

Neben des Reichspräsidenten, des Außenministers
und des Reichswirtschaftsministers

Auf einem in Berlin stattgefundenen Begrüßungsabend
zur Tagung der deutschen Auslands-Handelskammern ergriff
der antworfende Reichspräsident das Wort zu folgenden Ausfüh-
rungen:

Ich begrüße es aufrichtig, daß der deutsche Industrie-
und Handelstag die Vereinigungen, die sich die Auslands-
deutschen zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen ge-
schaffen haben, zur Tagung und Beratung in die Heimat
und Namens des deutschen Volkes heiße auch ich sie in der
Heimat und Herzen willkommen. Das deutsche Volk dankt
es Ihnen, daß sie auch aus fernen Weltteilen erschienen sind,
um mit der Heimat in dieser für Deutschlands Zukunft
Nichtung gebenden Zeit über die schwereren Aufgaben zu be-
raten, die vom deutschen Volke zu lösen sein werden. Ich
erschreie verkörpert das starke Gefühl der Zusammenge-
hörigkeit. Das deutsche Volk dankt Ihnen aber auch für alles,
was sie draußen als Pioniere und Mittler für die deutsche
Heimat getan und geleistet haben. Jeder Deutsche, der im
Ausland wirkt, möge auch die Verpflichtung gegen sein Volk
in sich fühlen und durch seine Handlungen Zeugnis davon ab-
legen, daß das heutige Deutschland trotz seiner Not mit Recht
Anspruch auf Vertrauen erhebt. Im Bewußtsein dieser
Pflicht werden die Deutschen im Auslande ihrem schwerer rin-
genden Volke am besten dienen. Dieses Vertrauen im Aus-
lande, wie das gegenseitige Vertrauen der Auslandsdeutschen
mit der Heimat sind erforderlich, um die harten Notwendig-
keiten zu ertragen und die schwere Arbeit zu erleichtern, um
die im Londoner Abkommen übernommenen schwereren Ver-
pflichtungen zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Pflichten aber
steht voraus, daß Deutschland wieder wie früher an der Welt-
wirtschaft teilnimmt. Unter den Kräften, die in dieser Rich-
tung wirken und die wirtschaftliche Weltbetriebsung anstreben,
sind die Auslands-Handelskammern zu wichtiger Mitarbeit
berufen. Sie werden die wirtschaftlichen Auslandsbeziehun-
gen ausbauen helfen und dazu beitragen, daß der Gedanke
der weltwirtschaftlichen Zusammengehörigkeit und der Gleich-
berechtigung aller Völker vertieft und nutzbringend für alle
gestaltet wird. Möge die Tagung reich sein an Anregungen
und Gewinn zum besten aller Deutschen drinnen und drau-
ßen, zum besten des Vaterlandes und seiner Zukunft. Mit
diesem Wunsche heiße ich sie nochmals herzlich willkommen
in der Heimat.

Weiter hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann folgende
Rede: In diesem Kreise ist es nicht nötig, auf die Bedeutung
der deutschen Auslands-Handelskammern hinzuweisen. Bedeu-
tender noch ihre nationale Bedeutung. Der Krieg hat viele
Tausende im Auslande dadurch um Hab und Gut gebracht,
daß entgegen dem, was bis dahin als rechtens galt, ihr Ver-
mögen im Ausland verloren wurde. Es ist in Folge des Zu-
sammenbruchs unserer Währung leider bisher nicht gelun-
gen, für die dadurch erlittenen Verluste einen Ausgleich zu
schaffen. Bemühungen, das, was noch übrig ist, ihnen zu er-
halten, und die Entschädigung für das Verlorene zu erhöhen,
sind im Gange. Ihr Erfolg hängt leider nicht von uns, son-
dern von unseren Gegnern ab. Seien Sie jedenfalls ver-
sichert, daß in den vor allem berufenen Stellen mit größtem
Nachdruck gearbeitet wird. Wenn die Reichsregierung den
Londoner Abmachungen zustimmt, so hat sie es vor allem,
um feste Verhältnisse für die deutsche Wirtschaft und das
deutsche Vertrauen zu schaffen. Nichts hat uns mehr ge-
schadet, nichts hat die Initiative des Kaufmanns mehr zurückge-
drängt, als die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse.
Größer als je sind die Lasten, die uns auferlegt sind. Nur
der Glaube an die deutsche Zukunft läßt uns diese Lasten
tragen und uns hoffen, daß wir die Arbeitskraft finden, die
zum Wiederaufbau notwendig ist. Dazu ist die materielle
und ideelle Hilfe des Auslandsdeutstums notwendig. Das
Wort des Großen Kurfürsten: „Sei stolz, daß Du ein Deut-
scher bist!“ gilt gerade jetzt für das Auslandsdeutstum.
Dem Ausland gegenüber darf es nur ein Deutschland geben!
Der Rede des Außenministers folgte der Gesang des
Deutschlandliedes.

Im weiteren Verlauf der Tagung führte Reichswirtschafts-
minister Hamm in einer Rede u. a. aus:

Wir müssen in die Weltwirtschaft hinein und zwar noch stär-
ker wie vor dem Kriege. Das Auslandsdeutstum ist für uns
von ungeheurer Wichtigkeit. Was wir von ihm brauchen,
ist ein wechselseitiges Geben und Nehmen. Alle Maßnahmen
wirtschaftlicher und steuerlicher Art, alle Maßnahmen, die
jetzt das Reparationsgutachten erfordern, werden wir stark
unter den Gesichtspunkt stellen müssen: Wie wirken sie auf die
große Zahl Deutscher da draußen. — Es ist etwas unendlich
Beruhigendes für uns im Inland, zu wissen, daß wir nicht

allein kühle Rechner und Wirtschaftler da draußen haben, sondern auch warmherzige Freunde, die der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Vaterlande ihre Dienste leisten wollen. Wir müssen Waren und Menschen ausführen, aber es muß gute Ware und es müssen gute, tüchtige Menschen sein, die gut deutsch bleiben wollen. Für diese Aufgabe stehen wir im Auslandsdeutschtum vor allem die stärksten Stützpunkte. Wir erwarten von ihnen, daß sie das Deutschland wieder zu dem früheren Grad von Achtung und Ansehen im Ausland bringen werden. Wir hoffen, daß diese Tagung der Anfang einer Entwicklung ist, die sowohl im Heimatlande, wie da draußen, zu gegenseitigem Gelingen und zu gegenseitiger Stärkung beitragen wird.

Die Tagung der deutschen Auslands-Handelskammern in Berlin ist vom deutschen Industrie- und Handelsrat veranstaltet. Deutsche Handelskammern im Ausland befinden sich in der Schweiz, in Spanien, Ungarn, Italien, Österreich, Finnland, Nordamerika, Mexiko, Cuba, Haiti, Chile, Bolivien, Argentinien, Uruguay, Peru, Brasilien, Niederländisch-Indien, Japan und China. In China befinden sich deutsche Handelskammern in Schanghai, Tientsin, Canton und Hankau, deutsche Vereinigungen in Tientsin, Tientsin, Tientsin und eine reichsdeutsche Vereinigung in Harbin. Vertreter aller deutschen Handelskammern und Firmenverbände sind damit zum ersten Mal wieder in der Heimat vereinigt. Die deutschen Handelskammern im Ausland unterscheiden sich von den inländischen Organisationen vor allem dadurch, daß sie rein private Einrichtungen der deutschen Handelswelt zur Vertretung ihrer Interessen sind; eine finanzielle Unterstützung von Seiten des Reiches erhalten sie nicht, sie üben daher auch keine amtlichen oder halbamtlichen Funktionen aus, wie in Deutschland. Sie fühlen sich aber dazu berufen, die allgemeinen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Land ihrer Ansässigkeit und Deutschland zu fördern.

Politische Neuigkeiten

Die Aufwertungsfrage

Der Unterausschuß des Aufwertungs Ausschusses des Reichstages trat Mittwoch vormittag zu einer Sitzung zusammen. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Es kam jedoch bis jetzt als einmütige Ansicht aller Parteien zum Ausdruck, daß der Spekulation jeden Boden entzogen werden müsse, und daß für eine evtl. Aufwertung lediglich der nachweisbar „alte Besitz“ in Frage kommen würde. Die Verhandlungen sind abends, ohne daß es zu einem Beschluß gekommen wäre, auf heute vormittag vertagt worden.

In der Sitzung nahm Reichsfinanzminister Dr. Lohse das Wort um den Standpunkt der Regierung noch einmal zu präzisieren. Die Reichsregierung hält danach an ihrer bisherigen Auffassung fest, daß eine Aufwertung der Reichs- und Staatsanleihen nicht möglich ist, weil dafür die notwendigen Mittel nicht aufbringbar sind. Der Finanzminister erwarbt zahlreiche Beweise dafür, daß die Wiederaufnahme der Kriegsanleihe, die ihre Papiere behalten haben und persönlich bedürftig sind, würde die Regierung eine Fürsorge zuteil werden lassen, nicht aber in der Form einer speziellen Aufwertung, sondern in der Form persönlicher Unterstützung. Zur Deckung des Bedarfs würde dabei an die Erträge der Gelbentwertersteuer für die Obligationen gedacht und zwar für die nächsten 4 Jahre. Es würden daraus jährlich ca. 40 Millionen zu erwarten sein, von denen 20 Millionen für die Unterstützung der bedürftigen Inhaber selbstgezeichnete Kriegsanleihe bestimmt werden, während 10 Millionen für notleidende Stiftungen und kirchliche oder charitative Korporationen verwendet werden sollten. In späteren Jahren würde nach den Wünschen der Finanzverwaltung die Deckung durch andere Inflationssteuern zu beschaffen sein, für die aber bis heute noch keine konkreten Pläne vorliegen.

Im Ausschuß scheint nach dem, was gemeldet wird, der Vorschlag des Finanzministers nicht ungeteilte Zustimmung gefunden zu haben, da die Deutschnationalen wie auch das Zentrum vorläufig an ihren weitergehenden Anträgen festhalten wollen. Die Sozialdemokraten haben gegen den Plan des Finanzministers den Einwand erhoben, daß er nicht weit genug gehe, weil er die bei den Sparkassen vorhandenen indirekten Belastungen von Kriegsanleihe nicht berücksichtigt und die Träger der Sozialversicherung und andere Reichspersonlichkeiten bei der Dotierung hinter kirchliche und charitative Organisationen zurücksetze.

Vernichtung der Stammrollen, Mobilmachungspläne usw.

BB. Berlin, 24. Sept. In Ausführung der von der Interalliierten Militärkommission auf Grund des Versailler Vertrages gestellten Forderung auf Vernichtung aller bei Zivilbehörden vorhandenen Urkunden, Listen, Stammrollen usw., die gegebenenfalls eine Rekrutierung und Ausführung von Mobilisierungsmahnmahnen erleichtern könnten, erließ, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der preussische Minister des Innern eine Anordnung, wonach alle auf Mobilmachungsarbeiten bezüglichen Listen der Zivilbehörden, sowie Mobilmachungspläne und die aus der Zeit vor und während des Krieges stammenden Akten zur Durchführung der Rekrutierung, insbesondere auch die Landwehr- und Landsturmrollen vernichtet werden sollen. Von dieser Vernichtung sind eine Reihe von Arbeiten ausgeschlossen, die für die Prüfung etwaiger Wiedererwerbungsanträge benötigt werden könnten, oder aus denen sich Rechte für den Fiskus ergeben, oder solche Arbeiten, die für die Übungen der Reichswehr oder für den Fall ihrer Einsetzung zur Bekämpfung von Unruhen auch weiterhin von Wert sein könnten. Die Arbeiten sollen eingestempelt werden. Bei der Vernichtung der Arbeiten müssen zwei besonders zuverlässige Beamte aus dem Bereich der zuständigen Aufsichtsbehörde zugegen sein. Von beiden Beamten ist möglichst an Ort und Stelle eine förmliche Niederschrift über die Vernichtung aufzunehmen.

Kleinhandelssteuer und Umsatzsteuer

Der Reichsverband der deutschen Industrie und der Zentralverband des deutschen Großhandels teilen folgendes mit: In den letzten Tagen wurde in der Presse verbreitet, daß der Reichsverband der deutschen Industrie und der Zentralverband des deutschen Großhandels einen von den beiden Spitzenverbänden verfaßten Gesetzentwurf über die Kleinhandelssteuer den zuständigen Regierungsstellen übermittelt hätten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß diese Nachrichten völlig unzutreffend sind. In den Steuerausschüssen der beiden Spitzenverbände wurde anlässlich der Frage einer Reform der Umsatzsteuerrecht neben den bekannten Reformvorschlägen selbstverständlich das System der Kleinhandelssteuer erörtert und einer Prüfung unterzogen. Die Arbeiten der betreffenden Kommissionen sind jedoch noch nicht abgeschlossen, wenn auch beschlossen wurde, den Gedanken der Kleinhandelssteuer zur Diskussion zu stellen, da eine Systemänderung der Umsatzsteuer unter allen Umständen in schneller Weise erreicht werden muß. Eine Festlegung der beiden Spitzenverbände auf ein bestimmtes

System liegt jedoch nicht vor. Der in der Presse veröffentlichte Entwurf stellt nur einen Rohentwurf der Unterkommission dar, der offenbar durch eine Indiskretion unter gänzlich falschen Voraussetzungen der Presse übermittelt wurde.

Der Fall Loeb

Amlich wird aus Weimar gemeldet: Zu der bereits am 28. September veröffentlichten Tatsache, daß auf Veranlassung des ehemaligen Staatsbankpräsidenten Loeb, am Sonntag, den 21. September und in der Nacht vom 21. zum 22. September aus dem Gebäude der Staatsbank Koffer und Körbe mit Akten herausgeschafft wurden, wird, um allen umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, nochmals festgestellt, daß das Einschreiten des Thüringischen Landesstriminalamtes lediglich auf den Verdacht der Aktenbeseitigung zurückzuführen ist. Eine Anzeige darüber, daß auch für andere strafbare Handlungen ein Verdacht besteht, ist bisher von keiner Seite erstattet worden. Die Durchsicht der beschlagnahmten Akten, die bekanntlich vom Oberstaatsanwalt und dem Thüringischen Landesstriminalamt vorgenommen wird, wird aller Voraussicht nach noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Behauptung der Linkspresse, daß das Einschreiten des Landesstriminalamtes auf Grund einer Denunziation irgend eines Böllers erfolgt sei, ist frei erfunden.

Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Weimar, daß es sich in wesentlichen Punkten um eine Transaktion gehandelt habe, mit der sich der Finanzminister selbst einverstanden erklärt hatte. Auch das Verfahren wegen Aktenverschöpfung dürfte sehr harmlos verlaufen. Daß es keine geheimen Vorgänge waren, ergibt sich schon daraus, daß der Staatsbankpräsident das Gesamtministerium, den Finanzminister und seinen Direktionskollegen Gremmel, der die Anzeige erstattet hat, schriftlich benachrichtigt hatte, was für Schriftstücke er als ihm persönlich gehörend fornehme.

Der Genfer Garantiepatentwurf

Die dritte Kommission des Völkerbundes hat den Bericht über das Projekt des Schiedsgerichts, des Sicherheits- und der Abrüstungsfrage entgegengenommen. Das Projekt bringt eine Reihe neuer Formeln in prägnanter Fassung.

Die Mitglieder des Völkerbundes verpflichten sich, unter keinen Umständen sich gegenseitig zu bekriegen, ausgenommen im Falle der Selbstverteidigung gegen einen Angriff, oder wenn sie im Einverständnis mit dem Völkerbundstaat oder mit der Vollversammlung des Völkerbundes handeln.

Streitfälle werden vom Völkerbundrat geschlichtet. Falls dieser nicht entscheiden kann, wird er den Parteien den Rat geben, ein Schiedsgericht anzurufen. Verweigert eine Partei dieses Schiedsgericht, so wird vom Rat auf die Aufforderung der anderen Partei ein Schiedsgericht eingesetzt werden. Falls keine Partei ein Schiedsgericht beantragt, wird der Rat selbst die Streitfrage prüfen. Die Mitglieder des Völkerbundes sind verpflichtet, sich dem Schiedspruch zu unterwerfen.

Es folgt dann eine eingehende Darlegung der Bestimmungen, wer als Angreifer zu betrachten ist, weiter eine genaue Präzisierung wirtschaftlicher, militärischer und finanzieller Sanktionen. Die einzelnen Staaten haben dem Rat genaue Mittelungen über ihre militärischen Streitkräfte zu machen, die sie auf Verlangen des Rates für Sanktionen zur Verfügung stellen müssen. Der Angreifer hat die Kosten für die Hilfeleistung an den anderen Staat zu tragen.

Die Abrüstungskonferenz wird auf den 15. Juni 1925 festgesetzt. Alle Staaten, auch alle Nichtmitglieder des Völkerbundes werden dazu eingeladen. Die Ratifikation des vorliegenden Protokolls muß bis 1. Mai 1925 erfolgen. Das Protokoll tritt nicht früher in Kraft, bis der Plan der Abrüstung von der Konferenz angenommen wird. Falls der Abrüstungsplan nicht zur Annahme gelangen sollte, wird das vorliegende Protokoll hinfällig.

Nach einem in letzter Stunde angenommenen Artikel verpflichten sich die Signatarmächte, sich jeder Aktion zu enthalten, die eine Angriffsdrohung gegen jeden anderen Staat bilden könnte.

Ein weiterer neuer Artikel bestimmt, daß im Falle eines Konfliktes die betreffenden Staaten während des Schlichtungsverfahrens keinerlei Erhöhung der Rüstungen vornehmen werden. Ein weiterer Zusatzartikel bestimmt, daß die Artikel des Protokolls, die eigentliche Abänderungsvorschläge zum Völkerbundspakt sind, für die Beziehungen unter den Signatarmächten mit dem Inkrafttreten des Protokolls obligatorisch werden.

Verband der Esch-Lothringer im Reich. Auf dem in der vorigen Woche in Würzburg stattgefundenen Vertretertag der Esch-Lothringer im Reich brachte die etwa 700 Mitglieder zählende Ortsgruppe Karlsruhe dieser aus den bei Kriegsschluß aus Esch-Lothringen Verdrängten bestehenden Vereinigung einen Antrag ein, den nächsten Vertretertag in Karlsruhe stattfinden zu lassen. Eine Beschlußfassung über diesen Antrag ist noch nicht erfolgt. — Die in diesem Verband in zahlreichen Städten, z. B. Karlsruhe, Freiburg, Stuttgart, Würzburg, Gießen, Berlin, Frankfurt a. M. bestehenden Esch-Lothringischen Volkshäuser schließen sich gleichzeitig zu einem „Verband Esch-Lothringischer Volkshäuser im Reich“ zusammen. Als Vorort des Verbandes wurde Freiburg mit Desiré Luz an der Spitze gewählt.

Kurze Nachrichten

Lohnforderungen der Eisenbahner. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ hört, haben die Eisenbahnerorganisationen beschlossen, die Lohnvereinbarungen mit dem Reichsverkehrsministerium zu kündigen. Sie werden eine Deputation ins Reichsverkehrsministerium schicken, die die Wünsche der Eisenbahner vortragen soll.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei trat Mittwoch Nachmittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beschäftigte er sich mit der Frage der Regierungserweiterung.

Der Deutsche Städtetag ist in Hannover mit einer Sitzung des Vorstandes eröffnet worden. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ gaben die sozialdem. Mitglieder des Vorstandes vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab, daß sie angesichts des Verhaltens des Magistrats von Hannover gegen Oberbürgermeister Reinert nicht in der Lage seien, der Einladung der Stadt Hannover Folge zu leisten. Die sozialdemokratische Fraktion des Städtetages fasste den gleichen Beschluß und will ihn bei Eröffnung der Tagung durch eine Erklärung begründen.

Die Verfassung der preussischen Landeskirche. Der evangelische Landeskirchenausschuß in Preußen beschloß, die Verfassung der alten evangelischen Kirchen der alten preussischen Union nunmehr zum 1. Oktober in Kraft treten zu lassen.

Die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen. Der Berliner Berichterstatter des „Reit Parisien“ will mitteilen können, daß die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen unterbrochen werden mußten wegen der Haltung der

luxemburgischen Delegierten, die bei der Vertretung der Interessen ihrer Industrie in Widerspruch gerieten, nicht nur mit den deutschen, sondern auch mit den belgischen Delegierten.

Eine französische Truppenkavallerie in Essen. Heute Donnerstag vormittag fand in Essen von 7.30 Uhr bis 9 Uhr eine Truppenkavallerie der gesamten französischen Garnison, die von dem Kommandierenden General der Rheinarmee abgehalten wurde, statt. Die in Betracht kommenden Straßen und Plätze waren in dieser Zeit für den gesamten Verkehr gesperrt.

Eine „Militärbefreiungsorganisation“ in Polen. Die Warschauer Polizei ist einer großen „Militärbefreiungsorganisation“ auf die Spur gekommen. Führer dieser Gesellschaft ist der 70jährige Multimillionär Fuchs und sein Sohn. Aber 60 Personen wurden verhaftet. Im Ganzen sollen etwa 400 Personen durch diese Organisation befreit worden sein. In die Angelegenheit sind auch Persönlichkeiten des höheren Sanitätsdienstes verwickelt, darunter Oberst Zaplaninski.

Arbeiterunruhen in Petersburg. Eine Pariser Nachrichtenagentur verbreitet folgendes Telegramm aus Bukarest: Nach Nachrichten aus Russland ist eine Revolte unter den Arbeitern Petersburgs ausgebrochen. Die Truppen haben sich gewehrt, auf die russländischen zu schießen. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden und schon mehrere Todesurteile gefällt.

Falsche Aktenstücke. Der Bulgaren Telegraphenagentur zufolge entbehren die Nachrichten über die Ermordung des Königs von Bulgarien jeder Begründung.

Offensive der Spanier in Marokko. Aus Madrid wird berichtet: Nach 48stündiger Ruhe haben die Abteilungen ihre Bewegung in der Richtung auf Scharfuan wieder aufgenommen, um diese Stadt zu befreien. Die Abteilungen haben gestern Abend ihr Ziel trotz eines lebhaften feindlichen Feuers erreicht. Die Operationen werden fortgesetzt werden.

Badischer Teil

Ruhrschäden

Zur Abgeltung der im „Sonderverfahren zur Entschädigung im Verwaltungswege“ zu vergütenden Sachschäden (sogen. Ruhrschäden) ist folgendes bestimmt worden:

1. Eine Vergütung wird nur geleistet, wenn der Antrag auf Entschädigung

- für bis zum 28. September 1923 einschließlich entstandene Schäden bis zum 30. Nov. 1923 (bisher 31. Oktober 1923),
- für in der Zeit vom 29. September 1923 bis zum 31. Oktober 1923 — beide Tage eingerechnet — entstandene Schäden bis zum 31. Dezember 1923 (bisher 30. Nov. 1923) bei einer Reichs-, Landes- oder Gemeindebehörde einschließlich der Dienststellen der Reichsbahnverwaltung (bisher nur Reichsministerium für die besetzten Gebiete Feststellungsbehörde und Gemeindebehörde) schriftlich eingegangen ist.

Die nach den bisherigen Bestimmungen mangels ordnungsmäßiger Anmeldung abgelehnten, nach vorstehender Regelung aber als in gehöriger Form und Frist gestellt anzusehende Anträge finden nur dann Berücksichtigung, wenn sie bis zum 25. Oktober 1924 bei einer der nachstehenden Behörden

- Feststellungsbehörde Essen,
- Feststellungsbehörde Barmen (zugleich für die frühere Feststellungsbehörde Wuppertal),
- Regierungspräsident (Feststellungsbehörde) Aachen,
- Feststellungsbehörde Düsseldorf,
- Feststellungsbehörde Köln,
- Feststellungsbehörde Koblenz,
- Feststellungsbehörde Trier,
- Feststellungsbehörde Wiesbaden,
- Regierung der Pfalz (Feststellungsbehörde) Speyer (zugleich für die frühere Feststellungsbehörde Heidelberg),
- Provinzialdirektion (Feststellungsbehörde) Mainz (zugleich für die frühere Feststellungsbehörde Darmstadt),
- Bezirksamt (Feststellungsbehörde) Karlsruhe),
- Feststellungsbehörde Mannheim,
- Feststellungsbehörde Offenburg,
- Feststellungsbehörde Rastatt,
- Regierung (Feststellungsbehörde) Birkenfeld

unter Bezeichnung derjenigen Behörde, der der frühere Antrag eingereicht war und möglichst unter Beifügung amtlicher Schriftstücke (ablehnende Bescheide usw.), aus denen sich der Zeitpunkt der früheren Anmeldung ergibt, schriftlich wiederholt sind.

Sie werden nicht berücksichtigt, wenn der Antragsteller die Innehaltung der bisher geltenden Fristen vorsätzlich oder aus grober Fahrlässigkeit veräumt hat.

Die Anträge sind jeweils an diejenige der vorangeführten Behörden zu richten, in deren Bereich der Schaden eingetreten ist. Erweist sich die hiernach angegebene Behörde als örtlich unzuständig, so wird die den Antrag ohne Rechtsnachteil für den Antragsteller an die zuständige Behörde abgeben.

2. Nach dem 31. Oktober 1923 entstandene Schäden werden wie bisher nicht vergütet.

3. Bezüglich der Auszahlung der festgestellten Vergütungen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Danach werden Beträge bis zu 2000 Goldmark in voller Höhe ausbezahlt. Übersteigt die festgestellte Vergütung 2000 Goldmark, so sind außerdem 25 v. H. des überschreitenden Teiles mit der Ausgabe zur Auszahlung zu bringen, daß der auszuzahlende Gesamtbetrag 50 000 Goldmark nicht übersteigt.

4. Gegen Bescheide der feststellenden Behörden steht dem Antragsteller innerhalb eines Monats vom Tag der Zustellung bei derjenigen Feststellungsbehörde, die die Zustellung veranlaßt hat, die Beschwerde an das Reichsministerium für die besetzten Gebiete zu. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Beschwerden finden keine Berücksichtigung.

Gegen Entscheidungen des Reichsministers für die besetzten Gebiete findet eine Beschwerde nicht statt.

5. Ein Rechtsanspruch auf Vergütung wird auch durch diese Regelung nicht begründet. Aber Grund und Höhe des Anspruchs entscheiden nach wie vor die zuständigen Verwaltungsbehörden nach billigem Ermessen.

Tagung der Polizeifürsorgerinnen in Heidelberg

Die Tätigkeit der Fürsorgerinnen an Polizei- und Pflanzämtern ist eine der wenig bekannten Arbeiten in der Wohlfahrtspflege. Ihre Bedeutung innerhalb der Jugendfürsorge und für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, wie der Prostitution, wird in wachsendem Maße anerkannt. Das zeigt auch die Tagung der Fachgruppe der Fürsorgerinnen an Polizei- und Pflanzämtern des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen in Heidelberg vom 13. und 14. September, über deren Verlauf die „Bad. Landesztg.“ berichtet:

Neben den aus allen Teilen des Reiches zusammengekommenen Fürsorgerinnen hatten das badische Ministerium des Innern, das preussische Ministerium für Volkswohlfahrt, das

sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, das medien-
burgische Ministerium, verschiedene Stadtverwaltungen und
Polizeidirektionen wie Wohlfahrts-Organisationen Vertreter
entfand. Die konfessionellen und interkonfessionellen Frauen-
verbände und -vereine von Heidelberg waren zahlreich vertre-
ten. Auch von Mannheim und Karlsruhe waren Vertreterin-
nen erschienen. Die badischen Behörden haben seit langer Zeit
die Arbeit der Polizeifürsorgerinnen anerkannt und gefördert.
Die Tagung wurde eingeleitet durch einen Vortrag von
Prof. Dr. Grubbe-Heidelberg über Psychopathie und Prostitution.
Prof. Grubbe kennzeichnete in seinem Vortrag verschiedene
Typen von Prostituierten, die ohne an geistigen Störungen
zu leiden, also nicht im eigentlichen Sinne psychopathisch
sind, und sich von den Durchschnittsmenschen mehr oder weniger
stark unterscheiden. Sie werden im allgemeinen als Psycho-
pathen bezeichnet, und man versucht heute, diesen Elementen
durch besondere fürsorgerische Maßnahmen zu helfen. Im
Verlauf der Aussprache wurde verschiedentlich auf die Notwendig-
keit der Bewahrung bzw. der Einrichtung von Arbeiter-
kolonien hingewiesen und die Forderung eines Verwahrungs-
Gesetzes nachdrücklich erhoben.

Frau Dr. Mayer (preussisches Ministerium für Volkswohl-
fahrt), gab in ihrem Vortrag über Gefährdeten-Fürsorge im
Namen der Volkswohlfahrtspflege wertvolle Anregungen für
die gemeinsame Arbeit und gegenseitige Förderung auf dem
Gebiete der Wohlfahrtspflege und der Gefährdeten-Fürsorge.
Eine wichtige Hilfe in der Gefährdeten-Fürsorge, die von
den Facharbeitern seit langer Zeit gewünscht wurde, kann die
Bestimmung des Reichs-Jugend-Wohlfahrts-Gesetzes werden,
nach der es möglich ist, auch Jugendliche im Alter von 18-20
Jahren in Fürsorge-Erziehung zu nehmen (§ 63, 2). Durch
den besagten Anhaltsschlichter P. Lic. Erurth-Elberfeld hörte
die Versammlung von den praktischen Erfahrungen der An-
stalts-Erziehung von Mädchen über achtzehn Jahren.

Im besetzten Gebiet liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet
der Prostitution besonders schwierig. In Köln hat sich seit
einem Jahr die Zusammenarbeit mit den englischen Frauen-
Organisationen eine besondere Art der Gefährdeten-Fürsorge
herausgebildet, von der Josefine Erkens, Leiterin des Pflege-
amtes Köln, ein klares Bild entrollte. Nach englischem Muster
eingesetzt, arbeiten zurzeit in der Kölner Frauen-Wohlfahrts-
Polizei fünf englische und drei deutsche Beamtinnen.
In der Besprechung wurde die Bedeutung dieser Art der weib-
lichen Fürsorgearbeit von allen Seiten anerkannt. Die Fach-
gruppe beschloß, sich dafür einzusetzen, daß diese Einrichtung
des Kölner Pflege-Amtes auch nach der Befreiung erhalten
bleibe und sie möglichst auch für andere deutsche Städte zu
fordern.

Marie Sieberts, Leiterin des Hamburger Pflegeamtes,
sprach über die Ausgestaltung der Arbeit in jugend-pflegeri-
sem Sinne und gab wertvolle Anregungen für den Ausbau
von Übergangsheimen für Gefährdete. Sie schilderte in leb-
haftester, anschaulicher Weise den Verlauf von gefälligen Aben-
den im Jugendverein für Gefährdete.
Die Versammlung beschloß endlich, durch eine Entschließung
an den Reichstag die baldige Aufnahme der Arbeiten für ein
Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu fordern
und damit möglichst bald die nötige gesetzliche Grundlage zu
schaffen für die für Volksgeundheit und Volkswirtschaft gleich
bedeutende Arbeit.

Aus den Parteien

Wie schon berichtet, wird die diesjährige Landesversammlung
der Deutschen Demokratischen Partei am Samstag, den
18. und Sonntag, den 19. Oktober in Offenburg stattfinden.
Vorausgeht eine Sitzung des erweiterten Landesauschusses,
wobei die Landtagsabgeordneten Dr. Glöckner und Freuden-
berg sprechen werden. Samstag nachmittag folgt die eigent-
liche Landesversammlung mit Referaten der Reichstagsabge-
ordneten Dietrich und Dr. L. Haas über die Stellung der Partei
zur Innen- und Außenpolitik. Abends findet in der Fest-
halle eine große öffentliche Versammlung statt. Dabei werden
General v. Deimling über „Republik und Vaterland“ und Unter-
richtsminister Dr. Sellpach über das Thema „Hat Deutsch-
land noch eine geistige Zukunft?“ sprechen. Sonntag vormittag
werden die Verhandlungen fortgesetzt und dazu organisatori-
sche Fragen behandelt. Schließlich steht auf der Tagesordnung
die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses und ein Vor-
trag des Parteivorstandes Hg. Dr. Hummel, der das Ergeb-
nis der Tagung zusammenfassend darlegen wird.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Rechtsparteien im badischen Landtag?

Nach der deutschnationalen „Freisauer Zeitung“ in Frei-
burg wird seitens des Landbundes beabsichtigt, eine parla-
mentarische Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volks-
partei und den Deutschnationalen einzugehen. Diese drei
Parteien verfügen bekanntlich zusammen (Landbund 8, Deut-
sche Volkspartei 5 und Deutschnationaler 7) über 20 Abge-
ordnete, während die Koalitionsparteien 22 Mandate inne
haben. Die rechtsstehende Arbeitsgemeinschaft vermag also
wie der „Volkfreund“ schreibt, den Regierungsparteien nicht
viel anzuhängen. Gleichwohl verdient die Mitteilung des
Freiburger Blattes, das seine Informationen auf den Karls-
rührer parlamentarischen Mitarbeiter stützt, Beachtung. Ist
doch tatsächlich diese gegen die jetzige Regierung anrennende
Opposition kurz vor Schluß der letzten Landtagsession schon
praktisch geworden, indem sie sich bei der Abstimmung über
das Finanzgesetz der Stimme enthielt, also der Regierung
die finanziellen Mittel zur Förderung der Staatsgeschäfte ver-
weigerte. Staatspräsident Dr. Köppler und Minister Kem-
mele haben in jener Sitzung in scharfster Weise dieses
Mandate charakterisiert.

Weitere badische Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof

W. Leipzig, 24. Sept. Vor dem Staatsgerichtshof zum
Schutze der Republik hatten sich heute der Kantlangestellte
Otto Mayer und der Schreiner Galesse, beide aus Karlsruhe,
zu verantworten. Die Anklage legt Mayer zur Last, Ver-
sehrungsarbeiten in der Polizei getan und in diesem Zusam-
menhang an alle Polizeibeamten des Karlsruher Bezirks
Flugblätter durch die Post versandt zu haben, in denen die
Polizeibeamten zur Gehörsamverweigerung aufgefordert
wurden. Der Angeklagte bestritt die Absendung der Flug-
blätter; er will lediglich seinem bis jetzt ständigen Freund
Graf im Büro des Allgemeinen Verbandes der deutschen
Kantlangestellten Gelegenheit zum Schreiben von Adressen ver-
schafft haben. Galesse wird beschuldigt, Graf zur Flucht ver-
holfen zu haben. Beide Angeklagten bestritten jede Schuld.
Der Gerichtshof hielt es aber für erwiesen, daß Mayer mit
Graf Flugblätter versandt hat, und er hielt dies für einen be-
sonders staatsgefährlichen Akt. Mayer wurde deshalb wegen
Versehrung zum Hochverrat und wegen Vergehens gegen
das Gesetz zum Schutze der Republik zu vier Jahren Gefäng-
nis und 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Acht Monate Gefäng-
nis sowie die Geldstrafe gelten als durch die Unter-
suchungshaft verbüßt. Der Angeklagte Galesse wurde wegen
Mangels an Beweisen freigesprochen.

Evangelische Landessynode

Die oberste evangelische Kirchenbehörde hat angeordnet, daß
die evangelische Landessynode zum 30. Sept. zu einer außer-
ordentlichen Tagung einberufen wird.

Republikanischer Tag in Mannheim

DZ. Mannheim, 24. Sept. Der am 27. und 28. September
anlässlich der Einweihung eines Denkmals für den gefallenen
Kriegsteilnehmer und Republikaner, Reichstagsabgeordneter
Dr. Ludwig Frank, stattfindende republikanische Tag wird in
den zahlreichen Sonderzügen aus ganz Südwestdeutschland
und aus der näheren Umgebung ungeheurer Massen nach
Mannheim bringen. — Samstag abend bis 7 Uhr treffen
die Sonderzüge ein. Am 8. Uhr zieht von den Augustanlagen
her ein großer Fackelzug durch die Stadt. Um 10 Uhr be-
ginnt im Riebelungsaal der große Festakt, umrahmt von
künstlerischen Vorträgen. Als Redner haben ihr Erschei-
nen zugesagt: Reichstagsabgeordneter Dr. Haas, der frühere
Reichstagspräsident Löbe, Reichstagsler a. D. Dr. Wirth,
General von Deimling, Chefredakteur Georg Bernhardt-Berlin.
— Zu dieser Veranstaltung werden auch für Nichtmitglieder
eine beschränkte Zahl von Karten abgegeben.

Tagung für christliche Kunst in Freiburg

Montag abend wurde im Saal des katholischen Vereins-
hauses in Freiburg in Anwesenheit und unter dem Ehrenvorsitz
des Erzbischofs Dr. Frick und im Beisein zahlreicher Vertreter
der Geistlichkeit, der Staats- und Stadtbehörden und zahlrei-
cher Gäste die vierte Tagung für christliche Kunst eröffnet.
Der Vorsitzende, Prof. Dr. Sauer, begrüßte im Namen des
Orts- und Arbeitsausschusses die Erschienenen, besonders auch
die aus der Ferne herbeigeleiteten Vertreter einer Reihe von
Bistümern. Der Redner sprach sodann allen denen, die zum
Zustandekommen und Gelingen der Tagung beigetragen ha-
ben, seinen herzlichsten Dank aus und gab in kurzem Umriß
als Hauptzweck der Tagung an, die christliche Kunst wieder
aus dem Zustand der Lethargie und Unfruchtbarkeit herauszuheben
und Liebe und Verständnis für die Werke christlicher Kunst
einzupflanzen und zu pflegen. Erzbischof Dr. Frick hieß die
Versammelten herzlich willkommen und dankte den Mitglie-
dern der Tagung dafür, daß sie Freiburg als Tagungsort ge-
wählt. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Zentrum
kirchlichen Lebens mit seinem herrlich kunstfrohen Münster
dazu beitragen möge, die kirchliche Kunst zu heben und die
Liebe und Opferfreudigkeit für sie zu fördern. Der Redner
schloß mit dem Wunsche, daß es der Tagung gelingen möge,
die Verschönerung der kirchlichen Kunst zu fördern und auch im
Laufe die Opferfreudigkeit für die christliche Kunst wieder zu
stärken. — Gemeinrat Schwörer überbrachte die Grüße der
badischen Staatsregierung, insbesondere namens des Mini-
sters für Kultus und Unterricht, der in einem Schreiben an
die Tagung dieser vollen Erfolg wünsche. Oberbürgermeister
Dr. Bender erbot der Versammlung herzlichsten Willkommens-
gruß der Stadt. Ein Lichtbildervortrag über die baulichen und
künstlerischen Schönheiten des Münsters von Münsterbaumeister
Dr. Kempf beschloß die eindrucksvolle Feier.

Dienstag vormittag fanden in Anwesenheit des Erzbischofs
Dr. Frick unter starker Beteiligung von Geistlichen und Laien
zwei Vorträge über liturgische Bewegung und Kirchenkunst
von Prior Albert Kammermeier-Maria-Bach und Rektor von
Athen-Glabach i. B. statt. Am Nachmittag sprach Prof. Karl
Grosch, Direktor der Akademie für Kunstgewerbe in Dresden,
über: „Devotionalien und Hauskunst“. Diefem Vortrag wohnte
auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Redtsch bei, der die Grüße des
Reichsministers des Innern an die Tagung überbrachte. Vor-
dem letzten Vortrag veranstaltete der bekannte, jetzt nach
Karlsruhe berufene Komponist Franz Philipp in der Marien-
kirche ein kleines Orgelkonzert mit ausgemähltem religiösem
Programm für die Teilnehmer an der Tagung und die
Freunde kirchlicher Kunst.

Tagungen

Die diesjährige land- und forstwirtschaftliche Ausstellung in
Freiburg vom 15. bis 19. Oktober veranstaltet den Verband ba-
discher Landmaschinenbauer und -händler seine diesjährige
Herbstversammlung verbunden mit Maschinenwörste am Sam-
stag den 18. Oktober, vormittags 11 Uhr in Freiburg (Fahren-
berg) abgehalten. Der Tagung wird als Referent der Syn-
dikus Dr. Weinbler von der Gruppe Süd des Reichsverbandes
der Landmaschinenbauer und -händler beizwohnen.

Kommunale Rundscha

Die Brotpreise. Nach Mitteilung des Mannheimer Städti-
schen Nachrichtenamts betrugte sich zufolge der statistischen
Erhebungen am 27. August d. J. der Preis für 1 Kilogramm
Magenbrot in 18 deutschen Großstädten zwischen 22 Pfg. und
38 Pfg. Den höchsten Brotpreis hat München mit — 38 Pfg.
(Juli 1914: 35 Pfg.) — aufzuweisen, dann folgt Essen mit 35
Pfg. (31 Pfg.), Mannheim mit 35 Pfg. (32 Pfg.), Augsburg
mit 34 Pfg. (40 Pfg.), Frankfurt a. M. mit 33 Pfg. (27 Pfg.),
Stuttgart mit 32 Pfg. (26 Pfg.), Karlsruhe mit 32 Pfg.
(27 Pfg.), Chemnitz mit 30 Pfg. (27 Pfg.), Dortmund mit
gleichfalls 30 Pfg. (27 Pfg.), Königsberg mit 30 Pfg. (26 Pfg.),
Hamburg mit 29 Pfg. (24 Pfg.), Berlin mit 28 Pfg. (28 Pfg.),
Breslau mit 28 Pfg. (26 Pfg.), Hannover mit 28 Pfg. (25
Pfg.), Dresden mit 25 Pfg. (25 Pfg.), Magdeburg mit eben-
falls 25 Pfg. (28 Pfg.), Aachen mit 24 Pfg. (35 Pfg.), und
schließlich Bielefeld mit 22 Pfg. (24 Pfg.).

Die Teuerungszahlen der Gildengemeinden. Nach Mit-
teilung des Mannheimer Städtischen Nachrichtenamts schwanken
die Teuerungszahlen (Ernährung, Wohnung, Heizung und
Beleuchtung) der 72 Gildengemeinden am 27. August d. J.
zwischen 80,9 Mark und 112,3 Mark. Die höchste Teuerungszahl
— 112,3 Mark — wurde für Dagen i. W. festgestellt;
dann folgen Frankfurt a. M. und Mannheim mit je 110,8,
München mit 110,0, Stuttgart mit 109,2, Ludwigshafen mit
108,8, Karlsruhe mit 107,8, Leipzig mit 107,7. Die niedrigste
Zahl hat Schwertlin mit 80,9.

Die Mannheimer Indeziffer für den 24. September
beträgt 1171,5 Milliarden. Da am 17. September die Indeziffer
1168,0 Milliarden betrug, ist dom 17. bis 24. September
eine Erhöhung um 0,3 Prozent eingetreten.

Förderung der Bautätigkeit in Mannheim. Vom Mann-
heimer Städtischen Nachrichtenamt wird uns berichtet, daß
durch den Hypothekenausgleich in der Sitzung vom 17. Sep-
tember 1924 städtische Bauland für 127 Wohnungen mit
890 Zimmern bewilligt wurden. Ingesamt hat die Woh-
nungsfürsorgekommission seit 1. April 1924 für 588 Wohnungen
in Neubauten 8 700 000 Mark als Bauland für Verfügung
gestellt. Weitere Anträge auf Gewährung von Bauland können
bis auf weiteres nicht mehr berücksichtigt werden, da
Mittel hierfür zurzeit nicht vorhanden sind.

Der Gemeindevoranschlag für Eberbach für 1924/25 balan-
ciert mit 556 320 Mark. An Umlage werden 50 Pfennig von
100 Mark Eigenkapital- und Betriebsvermögen erhoben.

Der Stadtrat Heidelberg hat den Vorschlag der gemischten
Kommission wegen Überführung des Wirtschaftsamts in eine
Aktiengesellschaft zugestimmt und es wird eine entsprechende
Vorlage an den Bürgerausschuß gehen. Weiter hat der Stadt-
rat beschlossen, die bisher zurückgestellten Umbauten des Büh-
nenraumes des Stadttheaters schon jetzt auszuführen. Die
Kosten stellen sich auf 100 000 Mark. — Auch hierüber, sowie
über die Umwandlung des Speyererhofes in ein Mittelstands-
Sanatorium sollen demnächst dem Bürgerausschuß Vorlagen
unterbreitet werden.

Bürgermeisterwahl. In Schwetzingen wurde mit 50 Stim-
men der bisherige kommissarische Bürgermeister Wäg zum
Bürgermeister gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Ausklang des Karlsruher Heimat-Sonntags

Insofern die Festteilnehmer am Sonntag nicht schon in
ihre Heimat zurückgekehrt waren, benutzten sie den Montag
zum Besuch der großen landwirtschaftlichen Ausstellung
für Maschinen, Geräte, Pflanzen- und Düngeschutzmittel,
der landwirtschaftlichen Bauausstellung in Durlach, der Volks-
trachtenausstellung im Badischen Landesmuseum und anderer
Sehenswürdigkeiten. Zum Teil gingen die Besucher zu Fuß,
zum Teil wurden sie, wie diejenigen des Frankensandes, in
Kraftwagen der Kraftverkehrs-Gesellschaft unter der Leitung
von Mitgliedern des Pfälzerwaldbereins, Ortsgruppe Karls-
ruhe, geführt.

Um 11 Uhr versammelten sich die Schwarzwälder und die
Franken-Trachten in ihren Sammelquartieren (Krokolit und
Wapinger) zu einer letzten Abschiedsfeier, die einen erhe-
berischen und wohlgeordneten Verlauf nahm. In begeisterte
Tönen sprachen Hauptlehrer Lehmann als Vertreter der
T. aus dem Gutach, Kinzig- und Schapbachtal, Landes-
ökonomierat Saß als Vertreter des Frankensandes, Verwalter
Trobilger als Vertreter der Pfälzer ihre Befriedigung über
das Erlebte aus und knüpften die Hoffnung daran, daß der
Heimat-Sonntag in Karlsruhe eine ständige Einrichtung
werde. Beim Abmarsch nach dem Bahnhof ließ es sich die
Pfeifertruppe nicht nehmen, vor dem Restaurant Mo-
ninger und schließlich noch einmal vor dem Hauptbahnhof
der Stadt Karlsruhe einen musikalischen Abschiedsgruß in der
Form des Präsentiermarsches zu erteilen. Verkehrsleiter
Lacher dankte für die der Stadt und ihrer Bevölkerung da-
mit erwiesene Aufmerksamkeit. Unter Musik, Tischerschwen-
ken und Hochrufen setzten sich dann um 1/5 Uhr, 5 Uhr und
1/6 Uhr die letzten Sonderzüge zur Heimfahrt vom Bahnhofe
aus in Bewegung. Die Teilnehmer aus dem Saargebiet,
insbesondere der Sängerbund St. Johann, hatten sich schon
am Sonntag abend unter dem Jubel der Bevölkerung in ihre
Heimat zurückbegeben.

Der Montag hat, was der Sonntag und der Samstag in-
folge ihres außerordentlich starken Besuchs nicht vermochten,
die einzelnen Gebiete des Landes unter sich mit den Veran-
staltungen des Heimatfestes in nächste Berührung gebracht, und
damit der Förderung des heimatischen Gedankens einen sehr
wesentlichen Dienst geleistet. Der Verkehrsverein hat in Aus-
sicht genommen, zum Danke für die Beteiligung am Heimat-
Sonntag demnächst Sonderzüge für die Karlsruher Bevöl-
kerung nach einzelnen Gebieten zu führen. Als nächster ist
ein Zug nach Heidelberg mit einem Ausflüg in dessen
wundervolle Umgebung geplant, sodann soll ein solcher in
den Schwarzwald geführt werden.

Welch ungeheure Menschenmenge am Samstag und Son-
ntag in die Landeshauptstadt zum Heimat-Sonntag strömte,
mag daraus hervorgehen, daß an diesen Tagen außer den
durchweg überfüllten Kurzügen nach zuverlässigen Mitteil-
ungen nicht weniger wie 54 Sonderzüge im Verkehr mit
Karlsruhe geführt wurden. Karlsruhe hat eine solche Men-
schenmenge, wie am vergangenen Sonntag, noch nie beher-
bergt. Die Hotels und die Wirtschaften waren durchweg
überfüllt, das Landestheater ausverkauft, die Ausstellungen,
Museen und andere Sehenswürdigkeiten außerordentlich stark
besucht. Besonders Entgegenkommen bewies die Reichsbahn-
direktion dem Verkehrsverein bei der Einlegung der Sonder-
züge, die zum Teil schon am Samstag einliefen. Zum Beweise
dafür, auf welcher breiter Grundlage der alemannisch-pfälzisch-
fränkische Heimat-Sonntag eingestellt war, möge erwähnt
werden, daß nicht allein offizielle Vertretungen und viele son-
stigen Gäste aus Baden und den angrenzenden Ländern, son-
dern auch solche aus ganz Deutschland, insbesondere aus Ber-
lin, aus München, dann solche aus Österreich, aus der Schweiz
und anderen Ländern herbeigeleitet waren. Darunter befan-
den sich namhafte Vertreter der Presse. Auch die großen
landsmannschaftlichen Organisationen der Pfälzer im Innern
Deutschlands, der Elbsch-Lotharinger und die Saarvereine hat-
ten Vertretungen hierher geschickt. Einen besonders herzlichen
telegraphischen Gruß drückte der Verein der Pfälzer in Ber-
lin schon am Samstag voraus.

Falsche Fundnoten. In letzter Zeit tauchen falsche englische
Einpfunoten auf, die leicht zu erkennen sind am schwächeren
und im Griff weicheeren Papier, am — durch Aufdruck vorge-
zeichneten — Wasserzeichen, an der allgemein stumpferen Aus-
führung der Vorderseite, und an der mehr flächigen Zeichnung
des Tower auf der Rückseite.

Die „Volkshochschule Karlsruhe“ gibt unter Leitung ihres
Musikdirektors Willi Giffeler mit dem 400stimmigen Chor-
körper, wie schon mitgeteilt, am Samstag, 27. September, in der
Stadt. Festhalle ein Konzert „a capella“. Es wirken Opern-
sänger Willy Bilken-Leipzig und das „Bob. Trio“ (Pfeiffer-
Boigt-Trautbetter) mit. (S. a. Anzeiger).

Landestheater. Wie bereits bekannt gegeben, gelangt am
Sonntag, den 28. d. Mts. Richard Wagners „Ahnung“ neu-
einstudiert und neuinszeniert zur Aufführung unter musikali-
scher Leitung des Operndirektors Frick Coroleas; Spielleitung
Oberregisseur Carl Stang. Die einzelnen Partien sind besetzt
mit den Damen Bach, Bremer-Goffmann, Franz, Hendel, Ste-
dert, Benzel und den Herren Bussard, Glaf, Heuser, Lander,
Kantwig, Peters und Dr. Buschepfennig. — Es wird beson-
ders darauf hingewiesen, daß Richard Wagners „Ahnung“
ohne Pause durchgespielt wird. Der Beginn der Vorstellung
ist auf 7 Uhr angesetzt. Es wird dringendst ersucht, die Plätze
rechtzeitig einzunehmen, da nach Beginn des Vorspiels die Plä-
tze geschlossen bleiben müssen, um den Verlauf der Vorstel-
lung nicht zu stören. — Infolge Erkrankung des Herrn Kam-
merregisseurs Bussard hat sich Herr Willy Bilken bereit erklärt,
am Sonntag, den 28. d. M., in der Neueinstudierung von
Wagners „Ahnung“ als Loge zu gastieren. Der Künstler
hat diese Partie in Karlsruhe noch nicht gesungen.

Postbezieher

Die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Oktober
noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich besorgen,
damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Rechnabkommen im Müllereigewerbe. Für die Mühlen in Mittel- und Oberbaden ist ein neues Rechnabkommen für die Zeit vom 22. September bis 22. November 1924 abgeschlossen worden. Der Lohn beträgt bei regelmäßiger täglicher Arbeitszeit von acht Stunden 33 Goldmark in der Woche. Wägenführer erhalten eine tarifliche Zulage von 3 Prozent. Die Spesen und Gehälter für das Fahrpersonal sind besonders geregelt.

W. Mannheim, 24. Sept. Im Alter von 62 Jahren ist heute hier an einem Schlaganfall der technische Direktor der weltbekannten Mannheimer Tiefbaufirma Grün & Wilsinger, Dr. ing. hon. c. Bernhard Wilsinger, gestorben.

Bruchsal, 23. Sept. Der Altertumsverein Mannheim besuchte am letzten Sonntag, 160 Personen stark, unsere Stadt. Nach einer durch den Vorsitzenden des Mannheimer Vereins, Professor Dr. Walter, gegebenen kurzen geschichtlichen Einführung über das Hochstift Speier und seinen Einfluß auf die Vorgeschichte Bruchsal's und einem herzlichen Begrüßungswort des Herrn Schreiber als Vorsitzender der Ortsgruppe Bruchsal der Badischen Heimat, wurde das Bischofschloß besucht. Nach der Besichtigung des im Schloß untergebrachten, reichen Heimatmuseums, bereitete Defan Wetterer (Bruchsal) durch einen Vortrag über die Vorgeschichte des Schloßes auf die eigentliche Führung durch die Bruchsaler Mäurer vor, die dann in mehreren Gruppen erfolgte. Am Nachmittag gab Professor Dr. Völsch (Heidelberg) von der Höhe des Belvedere der Stadt und ihrer Umgebung von der Germanen- und Römerzeit bis zur Gegenwart. Nach einem Besuch des neuerbauten erst-dürstern Hofes Paulusheim, der in edelstem Barock gehaltenen Peterskirche und der altertümlichen Stadtkirche, erfolgte am Abend die Heimreise der Gäste.

D. Offenburg, 24. Sept. Im Zusammenhang mit einer Herbstmesse wird hier ein „Betreiberfest“ abgehalten. Zur Beteiligung hieran sind bereits Zusagen von Schützengesellschaften aus der Pfalz, Bayern und Württemberg eingelaufen, so daß der große Festzug, der anlässlich der Herbstmesse veranstaltet werden soll, und bei dem auch Trachten- und gewerbliche Gruppen sich beteiligen werden, ziemlich eindrucksvoll werden wird. Die besten Gruppen sollen mit Preisen bedacht werden.

W. Marlen (Ami Rehl), 20. Sept. Die Ernte des Marlerer Weizenrauts, eine Spezialproduktion unserer Gemeinde, hat begonnen. Das Ergebnis ist befriedigend, wenn auch der Schneltempo sich stärker wie in den sonstigen Jahren bemerkbar macht. Bezahlt werden 2 Mark für den Zentner. Das Kraut geht in alle Himmelsrichtungen, und täglich kann man Wagen an Wagen nach Rehl oder Offenburg fahren sehen, wo das Kraut in die Eisenbahn verladen wird.

Freiburg i. Br., 22. Sept. Die Mittelschule, die einstige alte Bürgerschule in der Berderstraße, begeht am Samstag und Sonntag, den 11. und 12. Oktober d. J., in einer Erinnerungsfeier das Andenken des Einzugs der Schule in ihr jetziges Heim, wozu sie alle früheren Schüler und Freunde der Schule einlädt.

D. Freiburg i. Br., 18. Sept. Die Landwirtschaftliche Herbstwoche in Freiburg vom 15. bis 19. Oktober wird in diesem Jahre eine reiche Ausstellung von land- und hauswirtschaftlichen Maschinen und Geräten, von Sämereien und Düngemitteln, von Gebrauchsgartengeräten und Fachwerkzeugen des Wein- und Obstbaues bieten. Am Mittwoch, den 15. Oktober, beginnt der Vormarkt zum Oberbadischen Pferdemarkt, der Kalt- und Warmblutpferde und Fohlen in Mengen und bester Gebrauchsfähigkeit aufweisen wird. Am Donnerstag, den 16. Oktober, findet eine vom Verband mittelbadischer

Zentraler Viehzüchtereigenen abgehaltene Viehzüchtereigenen mit Viehmärkten statt, wobei empfehlenswerte Tiere aus Mitteln des Kreises und der Stadt mit Geldpreisen bedacht werden, die je häufig den Verkäufern (Züchtern), und den Käufern (Gemeinden und Privaten), zugute kommen sollen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	25. Sept.		24. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	161.99	162.81	131.79	162.61
Kopenhagen 100 Kr.	72.35	72.68	72.32	72.68
Italien . . . 100 L.	18.35	18.45	18.35	18.45
London . . . 1 Pf.	18.74	18.83	18.70	18.79
Neapel . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.09	22.21	22.09	22.21
Schweiz . . . 100 Fr.	79.67	80.07	79.67	80.07
Wien 100.000 Kr.	5.92	5.94	5.92	5.94
Prag . . . 100 Kr.	12.56	12.62	12.54	12.60

Notierung überall 100 Prozent

Notierung der ausländischen Goldmünzen in Berlin. Wie die „Börs. Zeitung“ hört ist beabsichtigt, am Berliner Notemarkt die Notierungen für ausländische Goldmünzen wieder aufzunehmen. Im wesentlichen dürften sich die Notierungen beschränken auf Sovereigns, Napoleons und Golddollars.

Der Großhandelsindex. Die auf den 23. Sept. berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 16. Sept. weiter um 1,1 Prozent auf das 1,20-Billionenfache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen.

Die Frankfurter Herbstmesse erzielt wie die vorhergehende Messe nur mäßige Umsätze. Geschäfte werden in erster Linie von den Firmen erzielt, die großen Leistungsfähigkeit in der Lage sind, entgegenkommende Zahlungsbedingungen zu gewähren. Begehrt werden vor allem Neuheiten und Kleinteile. Das Gesamturteil, soweit es sich einheitlich zusammenfassen läßt, geht dahin, daß Frankfurt immerhin gegen die unmittelbar vorangegangenen Messen eine kleine Verbesserung gezeigt hat. Die nächste Frankfurter Messe findet in der Zeit vom 29. März bis 4. April statt.

Karlsruher Börse. Analog den seit den auswärtigen Märkten ist die Stimmung auch hier sehr fest. Insbesondere Roggen ist stark gefragt. Weizen, neue Ernte, handelsüblich 24,5-25, Roggen, neue Ernte gesund, 22,5-23, Gerste (Sommergerste) gesund, handelsüblich 24,5-27, Hafer, neue Ernte 20,5-21, Hafer, ausländ. je nach Probenanzahl 22-24, Mais mit Saft 20,75-21,25, Weizenmehl, Mühlenforderung 37-37,5, Weizenmehl zweithändig 36,75, Roggenmehl, Mühlenforderung 32,75-33,25, zweithändig unwesentlich billiger. Weizen- und Roggenfuttermehl 16,5-16,75, Weizen- und Roggenkleie 13,25 bis 13,5, Spezialfabrikate entsprechend teurer, Viereck 16,5 bis 17, Malzkeime 14,75-15,25, Raufuttermittel: Sojes Weizenheu, gut, gesund, trocken 8,5-9, Luzerne 10-10,25, Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 5-5,25, alles per 100 Kilo, Mehl, Mühlenfabrikate und Mais mit, Getreide ohne Saft, Fruchtbarkeit Karlsruhe. **Weine und Spirituosen:** Leberzucker abwartend. Bei Wein, wegen der kommenden Herbstpreise. Bei Spirituosen, wegen der bevorstehenden Verbrauchssteigerung der Reichsmonopolverwaltung. **Kolonialwaren:** Für Pfeffer und Tee werden trotz steigender Weltpreise höhere Preise nicht gefordert. Kakao inländisch 1,60, Kakao ausländ. 1,5 bis 2,40, alles per Kilo. Mangonreis 0,44, Graupen 0,50, gelbe ge-

spanische Erbsen 0,40, weiße ungar. Perlbohnen 0,50, Rinsen mittel 0,80, amerik. Schweinefett 1,85, Salatöl 1,30, Kristallguder 0,82, alles per Kilo.

Verschiedenes

Die große Deutschlandfahrt der Amerikazeppelein

Trotzdem sich das Wetter im Laufe des gestrigen Tages weiter verschlechtert hat, hat sich die Leitung des „Z. N. III“ entschlossen, heute früh die große Deutschlandfahrt anzutreten. Wenn die Deutschlandfahrt günstig verläuft, soll, wie es in den Meldungen aus Friedrichshafen heißt, die Fahrt über den Atlantischen Ozean in 10 bis 14 Tagen nach der Probefahrt stattfinden. — Wegen starken Windes ist das Luftschiff erst um 9 Uhr in Friedrichshafen zu seiner Norddeutschlandfahrt aufgestiegen. Das Luftschiff kreuzt zunächst noch über dem Bodensee, um funktentelegraphische Versuche vorzunehmen. Es trat dann seine Fernfahrt an. Diese führt voraussichtlich in nordwestlicher Richtung über Tübingen nach Heidelberg, dann in nördlicher Richtung weiter nach Frankfurt a. M., Gießen, Marburg, Göttingen, Hannover. Je nach den meteorologischen und Windverhältnissen wird es sich entscheiden, ob die Fahrt auch auf Hamburg und Bremen ausgedehnt wird. Im übrigen ist die Innehaltung einer bestimmten Fahrstrecke nicht möglich, da die Richtung der Fahrt mehr oder weniger von den auftretenden Windverhältnissen mitbestimmt wird. — „Z. N. III“ hat um 10.30 Uhr vormittags Sigmaringen passiert. Heute mittag 1/12 Uhr hat das Luftschiff vom Forzheim kommend in 500 Meter Höhe mit Kurs auf Heidelberg Bretten überflogen. — „Z. N. III“ traf um 11.55 Uhr über Heidelberg ein und setzte seine Fahrt in nördlicher Richtung entlang der Bergstraße fort. — Das Luftschiff wurde in Darmstadt um 12.15 Uhr gesichtet, in 800 Meter Höhe machte es über der Stadt eine Schleife. Um 12.30 Uhr erschien es über Frankfurt a. M. und überflog die Stadt in 150 Meter Höhe, über deren Zentrum es eine Schleife machte. Über Homburg wurde das Luftschiff 12.40, über Gießen 12.50 Uhr gesichtet.

Letzte Nachrichten

Ein Skandal in der Roten Armee

W. Paris, 25. Sept. Ghabas verbreitet eine Blättermeldung aus Moskau, nach der in der Verwaltung der Roten Armee ein Skandal ausgebrochen sei. 400 Personen seien verhaftet worden, weil sie durch falsche Atteste vom Militärdienst befreit worden seien. 17 Ärzte, die solche Atteste ausstellten, seien ebenfalls verhaftet worden.

Die Bedrohung Pekings

W. Paris, 25. Sept. Ghabas meldet aus Shanghai, daß nach einer Nachricht aus Nanking Tschang Tsolin erklärt haben soll, daß im Falle einer Besetzung von Peking der Kaiser des Präsidenten das Ziel sein werde. Er habe nicht die Absicht, das Gefandtschaftsviertel zu beschädigen. Ein ebenfalls von Ghabas verbreitetes Kommuniqué aus Nanking meldet, daß 8000 Mann von Tschili in den letzten Tagen gesammelt worden und daß die übrigen Divisionen, etwa 2000 Mann, nach Westen geflüchtet seien.



**LANDWIRTSCH. MASCHINEN-AUSSTELLUNG
KARLSRUHE
20-25. Sept. 1924**

BADISCHE LANDWIRTSCHAFTSKAMMER

Täglich geöffnet von 9 bis 7 Uhr.

Donnerstag und Freitag, von 4 bis 10 Uhr (Bierzelt)

KONZERT

**Kapelle der Vereinigung
badischer Polizeimusiker**
Dirigent: Herr Obermusikmeister HEISIG.

Eintritt zu halben Preisen
Erwachsene 50 Pfennig, Kinder 25 Pfennig D. 579
Kleinrentner haben an diesen beiden Tagen gegen Ausweis freien Zutritt.

**Samstag, Sonntag und Montag, jeweils nachmittags 4 Uhr,
auf dem Festplatz:**

Große Feuerlöschprobe mit „Total-Löschapparat“.

Badisches Landestheater.
Freitag, 26. September. 7 1/2 - 10 Uhr. Sp. 17.00
Abonn. E 4. Th.-Gem. B. V. B. II. Sondergruppe.
Die neugierigen Frauen.

Langfristige Gemeindedarlehen
gegen Verpfändung von Waldungen vermittelt
Bankgeschäft Joseph Liebmann, Karlsruhe, B.
Telephon 75, 938 und 971. D. 591

Herrenstoffe
Herrentuchhaus
Herrenstraße 22

Volkssingakademie Karlsruhe
Leitung: Musikdirektor Willy Eißler

Aus Anlaß der Karlsruher Herbstwoche
Samstag, den 27. September 1924, abends 8 Uhr

a capella - Konzert

mit **Willy Zilken**, Leipzig
sowie das **Badische Trio** (Pelisier-Voigt - Trautvetter).

Werke von Händel — Beethoven — Mozart — Schumann — Schubert — Mendelssohn — Esser — Gade
— Karten zu 2.—, 1.50 und 1.— Mark —
Vorverkaufsstellen aus den Plakaten ersichtlich D604

Städtische Festhalle Karlsruhe

Badische Lichtspiele
Konzerthaus

Heute bis Samstag, den 27. September
täglich 8 Uhr abends, Samstag
auch 4 Uhr nachmittags

Shackleton's Südpol-Expedition

im Film.

Vorverkauf: **Musikhaus Müller**, Kaiserstr. D610
Siehe Plakatsäulen

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Esßl (Zähr.)

In der Gesellschafter-Versammlung vom 29. August 1924 wurde die Liquidation unserer Firma beschlossen. D. 601.3
Etnaige Gläubiger werden deshalb ersucht, ihre Forderungen bis längstens 1. Oktober 1924 bei uns einzureichen.
Offenburg, 18. Sept. 1924.
Atheinische Großhandels-gesellschaft m. b. H. in Liquidation.

Ausgewählte Leseftude zum Studium der politischen Ökonomie.
Herausgegeben und eingeleitet von
Professor Karl Dietl und Professor Paul Wombert

Vd. I: Lehre vom Geld, I.
Vd. II: Der Arbeitslohn
Vd. III: Von der Grundrente
Vd. IV: Wert u. Preis, I.
Vd. V: Wert u. Preis, II.
Vd. VI: Bevölkerungslehre
Vd. VII: Wirtschaftskrisen
Vd. VIII: Kapitalismus und Unternehmerrisiko
Vd. IX: Freihandel und Schutzzoll
Vd. X: Lehre vom Geld, II.
Vd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.
Vd. XIII: Grundzüge der Besteuerung
Vd. XIV: Sozialpolitik
Vd. XV: Kapital u. Kapitalismus
Vd. XVI: Staatsschuldenproblem

Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsruherstr. 14

PaBilder
für Reise und Bahnfahrten schnell und billig
Photographisches Atelier Rausch & Pester
Erbprinzenstr. 3 D. 485

Druck G. Braun, Karlsruhe.